

(A) **Senator Mäurer:** Ich glaube, Niedersachsen hat uns die Drohnen bisher unentgeltlich überlassen.

Präsident Weber: Herr Kollege Hinners, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Hinners** (CDU): Gibt es aus gesellschaftlichen Schichten Kritik am Einsatz von Drohnen innerhalb der Polizei?

Senator Mäurer: Ich kann mich daran erinnern, als wir bei der letzten NPD-Demonstration eine Drohne eingesetzt haben, um neue Bilder zu machen, dass das mit dem Einsatz einer Kampfdrohne verwechselt worden ist. Solche Drohnen besitzt Niedersachsen nicht.

Präsident Weber: Herr Kollege Hinners, haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. **Hinners** (CDU): Nein, danke!)

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die dreizehnte Anfrage trägt die Überschrift „**Jugend trainiert für Olympia' und Jugend trainiert für Paralympics' – Ende eines Erfolgsmodells?**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Fecker, Frau Dogan, Mustafa Öztürk, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

(B) Bitte, Herr Fecker!

Abg. **Fecker** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Treffen Medienberichte zu, dass der Bund die Finanzierung der Bundesfinals der Wettbewerbe „Jugend trainiert für Olympia“ und „Jugend trainiert für Paralympics“ komplett streichen wird?

Welche Möglichkeiten sieht der Senat, dass die Bundesfinals auch weiterhin stattfinden?

Sofern diese Bundesfinals tatsächlich nicht mehr stattfinden, hält der Senat an der Durchführung der Wettbewerbe fest?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Professor Dr. Quante-Brandt.

Senatorin Professor Dr. Quante-Brandt: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Es ist zutreffend, dass das Bundesministerium des Innern ursprünglich die Kürzung der finanziellen Zuwendung für das Bundesfinale der Schulsportwettbewerbe „Jugend trainiert für Olympia“ und „Jugend trainiert für Paralympics“ von 700 000 Euro auf 350 000 Euro in diesem Jahr und die komplette Einstellung der Unterstützung ab dem Jahre 2015 geplant hatte. Daraufhin wurde auf ver-

schiedenen Ebenen versucht, die Unterstützung des Bundes für das Bundesfinale weiter zu sichern. So hat der Bundesrat unter Zustimmung des Landes Bremen beschlossen, den Bund aufzufordern, die finanziellen Zuwendungen für das Bundesfinale von „Jugend trainiert für Olympia“ und „Jugend trainiert für Paralympics“ weiterhin in vollem Umfang zur Verfügung zu stellen und die geplante Kürzung zurückzunehmen.

Inzwischen wurden die Planungen seitens des Bundesministeriums durch die Intervention des Haushaltsausschusses des Bundestages insofern korrigiert, als dass der Zuschuss zwar in diesem Jahr zwar auf 350 000 Euro reduziert, ab dem Jahr 2015 jedoch wieder in voller Höhe gewährt werden soll.

Zu Frage 2: Der Wegfall des Bundeszuschusses hätte die Durchführung des Bundesfinals, das alljährlich in der Zuständigkeit der Deutschen Schulsportstiftung in Berlin ausgerichtet wird, infrage gestellt. Mit der Rückkehr zur ursprünglichen Zuschussregelung werden die notwendigen Voraussetzungen geschaffen, um das Bundesfinale auch in Zukunft verlässlich durchführen und weiterentwickeln zu können.

Zu Frage 3: In Bremen und Bremerhaven nehmen Jahr für Jahr über 2 000 Schülerinnen und Schüler an dem Wettbewerb „Jugend trainiert für Olympia“ teil, um sich als Vertreter des Landes Bremen für das Bundesfinale in Berlin zu qualifizieren. Sollte dieses Ziel wegfallen, ist zu befürchten, dass der Wettbewerb insgesamt nicht mehr stattfinden wird.

In seiner aktuellen Form ist „Jugend trainiert für Olympia“ unbedingter Bestandteil des Schullebens der Bremer Schulen. Neben der Zielsetzung, Kindern und Jugendlichen auch außerhalb von Sportvereinen Erfahrungen mit dem Leistungssport zu vermitteln, fördert der Wettbewerb die gesunde Entwicklung und schafft soziale Erfahrungen und Bedingungen, die sich positiv auf die zukünftige Lebensgestaltung bei den Schülerinnen und Schülern auswirken.

Der Senat wird sich auch weiterhin dafür einsetzen, diesen weltweit größten und international hoch angesehenen Schulsportwettbewerb in seiner Gesamtheit zu erhalten. – Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Kollege Fecker, haben Sie eine Zusatzfrage?

Abg. **Fecker** (Bündnis 90/Die Grünen): Die Bildungsbehörde hat der Deputation für Bildung Kenntnis über die Abläufe und die Erfolge gegeben, die bei „Jugend trainiert für Olympia“ erzielt worden sind. Können Sie kurz schildern, welche Begründung der Kürzungsvorschlag vorsah?

Senatorin Professor Dr. Quante-Brandt: Die Begründung des Kürzungsvorschlags lag darin, dass die nationale Dopingagentur weiter finanziert werden

(C)

(D)

(A) musste, und der Vorschlag war, dass diese für die Wettbewerbe vorgesehenen Gelder für die Dopingagentur zur Verfügung gestellt werden sollten. Das ist aus unserer Sicht eine erstaunliche Überlegung gewesen, und wir sind froh, dass man sich von diesem Vorschlag wieder gelöst hat und nicht zwei wichtige, sportpolitisch zentrale Aufgaben gegeneinander ausgespielt hat.

Präsident Weber: Herr Kollege Fecker, haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

Abg. **Fecker** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, ist es zutreffend – Sie haben jetzt nur den Haushaltsausschuss erwähnt –, dass der Sportausschuss des Deutschen Bundestags diese Kürzung mitgetragen hat?

Senatorin Professor Dr. Quante-Brandt: Ich gehe davon aus, dass er das mitgetragen hat. Es würde zumindest auch zu dem Sportausschuss passen, dass er die vorgeschlagenen Kürzungen auch wieder abwendet.

Präsident Weber: Herr Kollege Fecker, haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(B) Abg. **Fecker** (Bündnis 90/Die Grünen): Sie haben gerade dargestellt, dass der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags die Kürzungen für das Jahr 2014 zum Teil zurückgenommen hat. Ist nun mit negativen Auswirkungen zu rechnen, oder kann das Bundesfinale wie gewohnt stattfinden?

Senatorin Professor Dr. Quante-Brandt: Das Bundesfinale kann wie gewohnt stattfinden, weil die fehlenden 350 000 Euro von den 700 000 Euro aus Rücklagen zu dieser Summe zugeführt werden, damit das Bundesfinale nicht gefährdet wird, sondern vernünftig stattfinden kann.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Mit der Beantwortung dieser Anfrage ist die Fragestunde beendet.

ILO-Übereinkommen 169 endlich ratifizieren

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/
Die Grünen
vom 13. März 2014
(Drucksache 18/1309)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Staatsrätin Hiller.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Bolayela.

Abg. **Bolayela** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Stellen Sie sich vor, dass Sie heute Abend nach Hause gehen und feststellen müssen, Ihr Zuhause in der Straße und alle anderen Gebäude in Ihrer Nachbarschaft haben neue Besitzer! Ich glaube, Sie wären geschockt, verärgert und traurig. Die erste Reaktion wäre, die Polizei zu rufen. Diese sagt, dass alles so in Ordnung sei und dass sie Ihnen nicht helfen könne. Die zweite Reaktion wäre, einen Anwalt zu suchen, um Ihr Recht einzufordern. Die Antwort des Gerichts ist daraufhin, dass alles in Ordnung sei, seine Richtigkeit habe und Ihnen keine Entschädigung zustehe. Das ist einfach unglaublich!

Genau solch eine Situation erleben gerade 400 Millionen Angehörige indigener Völker dieser Erde. In vielen Staaten sind ihre Lebensgrundlage, ihre Kulturen und Traditionen bedroht. Gesellschaftliche und politische Teilhabe gibt es für diese Volksgruppen nicht. Ebenso sind sie überdurchschnittlich häufig Opfer von Menschenrechtsverletzungen und Missachtungen ihrer Rechte. Im Zusammenhang mit Aktivitäten großer Unternehmen haben indigene Völker weltweit oft in ihrer Heimat keine Chance, auch deutsche Firmen sind an derartigen Projekten beteiligt, etwa beim Straßenbau, der Errichtung von Staudämmen oder dem Abbau von Rohstoffen.

Meine Damen und Herren, es ist an der Zeit, weltweit über die Rechte dieser Minderheiten nachzudenken. Im Jahr 1989 hat sich Deutschland bei der UNO-Vollversammlung unter Helmut Kohl stark gemacht,

(Abg. **Strohmann** [CDU]: Das waren noch Zeiten!)

dass das ILO-Übereinkommen 169 verabschiedet wurde. Gleichzeitig verweigert sich Deutschland bis heute, dieses gute Vorhaben durchzusetzen und das Abkommen zu ratifizieren.

Im Jahr 2007 hat Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag einen Antrag gestellt, leider ohne Erfolg. Im Oktober 2012 hat die SPD-Bundestagsfraktion – mit Herrn Steinmeier als Fraktionsvorsitzendem der SPD – mit der Bundestagsfraktion der Grünen ebenfalls einen Antrag gestellt. Es gab auch hier eine Ablehnung von der CDU und der FDP mit der Begründung, keine Haftungsrisiken für deutsche Unternehmen im Ausland hereinziehen zu wollen, außerdem hätten wir in Deutschland keine indigenen Völker.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, weltweit haben bis heute nur 22 Länder dieses Übereinkommen über Eingeborene und in Stämmen lebende Völker in unabhängigen Ländern von 1989 unterschrieben, darunter befinden sich beispielsweise die Zentralafrikanische Republik, die Niederlande, Nepal, Spanien und fast alle lateinamerikanischen Länder. Leider haben bedeutende Staaten, in denen indigene Völker leben, zum Beispiel Kanada, die USA, Russland, China,

(C)

(D)